

# Cübecker Volksbote

## Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Cübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis, einschließlich der Unterhaltungsbeläge „Die Neue Welt“, vierjährlich 2.00 M., monatlich 20 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telegraphen-Nr. 620

Die Einzelgegenstände beträgt für die sechsgespaltenen Vollfolge eine davon Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsauslagen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Isolata für die nächste Ausgabe müssen wir vor mittags, größeres früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 62.

Dienstag, den 14. März 1916.

23. Jahrg.

## Für die Einheit der Partei.

(Schluß.)

Es liegt eine gefährliche Täuschung in der Annahme, daß wir heute nicht Disziplin zu halten brauchten, weil wir angeblich nicht gegen uns unsere Gegner, sondern mit diesen zusammen kämpfen. Welche Verkennung der Tatsachen! Kann mit solchen Sophismen auch nur für einen Augenblick die Wahrheit fortdisputiert werden, daß auch jetzt wo die deutsche Sozialdemokratie ihren Traditionen entsprechend die Unabhängigkeit des Landes nach außen verteidigt, jede Schwächung ihrer Aktionskraft zu einer Schädigung der Interessen des arbeitenden Volkes führt? Hat etwa die Partei jetzt keine sozialen, wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen? Feder aufmerksame Genosse weiß, daß gerade jetzt fast jeder Tag neue Aufgaben dieser Art bringt. Und da sollte es jetzt unerheblich sein, ob die Partei geschlossen auftritt oder sich durch innere Zerrissenheit ihres Einflusses begibt? Im Gegenteil: Nie ist die Einheit der Partei nötiger gewesen als gerade jetzt!

Bei einer Partei ohne Tradition und ohne jeden Fonds an Erfolgen brauchte eine Zerreißung der Einheit noch keine unheilbare Katastrophe zu sein. Für die deutsche Sozialdemokratie aber wäre sie es. In der Stellung der deutschen Sozialdemokratie verkörpert sich heute die Arbeit zweier Proletariergenerationen. Ein halbes Jahrhundert und mehr schon ist vorübergegangen, seit klugne Pioniere unserer Klasse für unser Ziel gekämpft und geopfert haben. In dieser Zeit waren haben Hunderttausende von Namenlosen in selbstloser Aufräumung am Werke unserer Bewegung gearbeitet, haben Stein auf Stein geschichtet und so das weite, ragende Gebäude des proletarischen Organisationswesens geschaffen. Noch ist es nicht vollendet. Es fortzuführen und zu vollenden ist Sache der Lebenden. Aber sie würden es nicht fördern, sondern zu Ruinen verwüsten, wollten sie künftig hadernd gegeneinander kämpfen. Unter der organisationszerstörenden Wirkung der Parteispaltung müßte alles, was wir heute als Machtbasis schätzen oder doch schätzen sollten, noch werden und schließlich zerfallen: unser Einfluß in den Staaten, Gemeinden und den sozialen Organisationen, unsere Presse, unsere Rechtsschutzkantariate, unsere Einrichtungen für die Erziehung der Jugend, für das Bildungswesen. Alles, was heute an Fundamenten für den Aufbau einer Arbeitermacht, eines Arbeiterrechts und einer Arbeiterkultur vorhanden ist, verdankt seinem heutigen Stand der zuzammengefaßten Kraft der ganzen Bewegung. Wenn sich diese löste, würde auch der ganze Bau des proletarischen Organisationswesens morsch werden und wanzen.

Wer möchte einen solchen Verlust leichten Herzens in Kauf nehmen? Der sicher nicht, der seine Lebensausgabe darin sah, diese Instrumente unseres auswärtsführenden Kampfes auszubauen, der in Jahren und Jahrzehnten treuer Arbeit erfahren hat, wie schwer es war, dies alles zu schaffen, wie schwer es uns wurde, dem harten Boden der teilnahmslosen Masse diese Früchte abzuringen. Zerstören ist auch in diesem Falle leichter als aufzubauen!

Aber denken wir weiter: Müßte sich nicht bei der inneren geistigen Gemeinschaft, die in Deutschland zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen besteht, die einmal vollzogene Spaltung auch auf die Gewerkschaften übertragen? Ist einmal die zerstörende Leidenschaft entfesselt, wer wollte sagen, wo sie innehält? Wo, wie bei uns, die Träger der Organisationen in Partei und Gewerkschaften vielfach die gleichen Genossen sind, wo das, was den klassenbewußten Arbeiter erfüllt, eben infolge dieser inneren Gemeinschaft, überall widerlingt, wo er seinem Streben huldigt, da könnte es gar nicht ausbleiben, daß sich die Zersetzung alsbald auch auf die gewerkschaftlichen Organisationen übertrage. Keinem Genossen, der auch nur ein einziges Mal mit im Lohnkampf gestanden hat, braucht man erst zu sagen, welch unabsehbares Unheil hiermit heraufschworen würde. Noch mehr als bei den politischen Kämpfen kommt es bei den gewerkschaftlichen Aktionen darauf an, daß die Front der kämpfenden Arbeiter länderlos gehalten ist. Hier ist jeder Bruch der Einheit eine empfindliche Schwächung. Jeder Mann, der hier arbeits steht, ist eine positive Hilfe für das Unternehmertum.

Die zweieinhalb Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen die mit vor Ausbruch des Krieges zählten, hatten sich der Organisation zum größten Teil der ökonomischen Vorteile wegen angelassen, die sie ihnen bot. Die guten Errungenschaften waren das stärkste und beste Werkzeug der Gewerkschaften. Aber diese Errungenschaften fielen fort, sobald Zwieträcht die Kraft der Organisationen schwächte. Damit wären die Gewerkschaften aber das wirkungsvollsten Agitationsmittels beraubt. Dann könnte keine Wehrredungskunst die Massen zurückbringen, die vor allem nach Hilfe und Beistand gegen die Übermacht des Unternehmertums verlangten und denen wir dann weiter nichts als gehässigen Bruderstreit zu bieten hätten. So würden auch hier Verfall und Chaos eintreten und die gesamte menschliche Zivilisation würde uns unter den Füßen zertrümmern.

Es hilft nichts, wir müssen uns über die Gefahren klar werden, die unsere Bewegung aus den zerlegenden Tendenzen der Gegenwart drohen. Wir müssen uns der Folgen einer Spaltung in vollem Umfang bewußt sein. Wir müssen bedenken, daß es gerade bei der Wahrung der Parteieinheit darauf ankommt, den Ansängen zu wehren; die ganze Gefahr der Auflösung und des Zerfalls droht mit dem ersten Schritt, wenn ihm nicht sofort der entschlossene Widerstand der Masse entgegenstellt.

Morgen.

Und morgen?

Selbst der nur flüchtig in die Zukunft schauende Blick wird verwirrt ob der überwältigenden Fülle von Aufgaben, die mit dem Frieden Lösung heischend vor uns stehen werden.

Morgen, am Tage des Friedensschlusses, da kommen sie zurück, unsere Freunde und Genossen, die heute jenseits der Grenzen dem schweren Kriegsdienst obliegen. Und sicherlich wenn sie sich nach den Ihren umgehen haben, wenn der Zeitpunkt kommt, wo sie ihre Blicke über den Kreis der häuslichen Gemeinschaft hinaus lenken, dann wird ihr erster Gedanke in ihren Organisationen gelten. Es wäre furchtbar, für sie und für uns, wenn sie statt der feisten Organisationen, von denen sie mit Stolz vernahmen, daß auch der Sturm des Weltkrieges sie nicht hatte entwurzeln können, ein müdes Trümmerfeld erblicken müßten. Was würden sie sagen, wenn sie sehen und hören müßten, daß nicht äußerer Drud, nicht die Gewalt feindlicher Mächte, sondern die Schwäche und Verwirrung der zu Hause gebliebenen Genossen das Zerstörungswerk verschuldet hätten?

Morgen, nach dem Friedensschluß, beginnt eine neue Zeit für das deutsche Volk. Politische Aufgaben von höchster Bedeutung barren dann der Lösung. Schwere Wunden hat der Krieg geschlagen. Das Finanzweilen des Reiches, der Einzugsstaaten und Gemeinden bedarf dringend tiefgreifender Reformen. Große Interessen stehen auf dem Spiel. In Verbindung damit stehen Fragen der Verstaatlichung bestimmter Produktionswege. Die Art der Lösung dieser Aufgaben ist für die Arbeiterklasse von ungeheurer Wichtigkeit; aber selbstverständlich wird die Lösung den Arbeiterinteressen um so weniger günstig sein, je geringer die Macht der Arbeiterklasse ist, die sie bei der Regelung in die Waagschale zu werfen hat. Eine ders organisierte Masse, die sich in wütigen Kämpfen selbst zerstört — was könnte sie bei den politischen Entscheidungen bedeuten? Sie wäre ausgehöhlt und die anderen Klassen würden eine Verteilung der Lasten vornehmen, die wir nachher bitter bereuen möchten.

Der Krieg hat eine neue Machtgruppierung geschaffen. Deutschland bildet mit seinen heutigen Verbündeten ein zusammenhängendes Landesgebiet von der Nordsee bis zum Indischen Ozean. Wie aber die politischen Bündnisse nur Ausstrahlungen ökonomischer Interessen sind, so sind umgekehrt die neuen politischen Machtgruppierungen für die Wirtschaft der Zukunft von übertragender Bedeutung. Handelspolitische Fragen in völlig neuer Art rütteln sich jetzt schon an. Das alte System der Handelsverträge wird vielleicht durch neue Rechtsbegriffe umgestaltet werden. Haben wir nicht allzu empfindlich erfahren müssen, wie sehr die Wirtschaftspolitik die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse beeinflußt? Die Zerreißung der Parteieinheit wäre auch hier Auslöschung der deutschen Sozialdemokratie von einer entscheidenden Mitwirkung am Aufbau des neuen Wirtschaftssystems.

Der Friedensschluß wird Fragen sozialpolitischer Art aufwerfen. Die Arbeitsvermittlung soll gesetzlich Regelung erhalten. Die Stellung der Kriegsbeschädigten im Erwerbsleben bedarf aufmerksamer Behandlung. Die Fürsorge für die Arbeitslosen muß mit

allen Kräften gefordert und durchgeführt werden. Das Leben in Wohnungswesen hat durchgreifender Natur. Aber was soll in all diesen Fragen geschehen, wenn die einzige berufene Sachverständige der Arbeiterinteressen ver sagt und sich statt diesen drängenden Aufgaben, der Selbstsicherung widmet?

Ist es nicht unser heißer Wunsch, sobald wie möglich die Schranken niederzulegen, die der Arbeiterklasse noch in so vielen Bundesstaaten die tatsächliche Teilnahme an der Regierung und Verwaltung verwehren? Nach dem Krieg beginnen die Kämpfe um die Neuorientierung der inneren Politik. Es sind sehr ernst zu nehmende Kräfte am Werk, die diese vereiteln möchten. Sie würden um so leichteres Spiel haben, je mehr die politische Vertretung der Arbeiterklasse der Desorganisation und Auflösung verfällt.

Und wartet nicht die gesamte Arbeiterklasse darauf, nach glücklicher Beendigung des Weltkrieges die Arbeit für den Aufbau des neuen Deutschland zu beginnen? Die deutsche Sozialdemokratie ist die berufene Führerin des deutschen Volkes bei dieser Arbeit. Soll sie versagen?

Wir hören höhnen über die Genossen, die von der Zukunft manches erwarten, was uns die Vergangenheit vorhersagte. Wir sollten viel lieber rüsten und die Lücken füllen, die der Krieg in unsere Reihen reißt und die innere Vereinigung der Partei für die gewaltigen Zukunftsaufgaben erhöhen! Nicht anklagen sollten wir uns voneinander, sondern an die Zukunft denken und für sie arbeiten. Lassen wir den Optimisten ihre schönen Hoffnungen, wenn wir glauben, sie nicht teilen zu können, aber sorgen wir dafür, daß recht viele dieser Hoffnungen erfüllt werden!

Für die Gewerkschaften bricht mit dem Frieden eine neue Zeit an. Auf der einen Seite werden Industrie und Handel mit rücksichtslosem Eifer darauf bedacht sein, die Verluste der Kriegszeit wieder einzubringen und die verloren gegangenen Absatzgebiete zurückzuerobern; auf der anderen Seite wird die durch den Krieg geförderte Versteuerung der Lebensmittel die Arbeit zwingen, ihr Lohnesinkommen zu erhöhen. Schärfer vielleicht als vor dem Kriege werden die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum sein. Und da sollte die Arbeiterschaft bestehen und ihren Aufgaben gerecht werden können, wenn sie versplittet und zerissen wäre? Die ganze Zukunft ruft uns entgegen: Seid einig! Seid gerüstet! Seid bereit!

Hinter uns aber ruht es fröhlockend: Von allen Großmächten der Welt ist in diesem Kriege nur allein der Sozialismus besiegt! Es wäre wahr, wenn die Hoffnung unserer Gegner in Erfüllung ginge und die Spaltung der Bewegung tatsächlich erfolgte. Aber es soll und darf nicht wahr werden! Der Sozialismus ist nicht tot und nicht besiegt, er hat gerade in diesem Kriege die eindrucksvollste Rechtfertigung erfahren. In allen Ländern hat man, als die Not an die Türen pocht, zettende Zuflucht bei den Wirtschaftsprinzipien des Sozialismus gesucht. Wo immer das kapitalistische Spiel der freien Kräfte Not und Verwirrung schafft, da riebt man, wenn auch zitternd nur und widerwillig, das sozialistische Prinzip der Organisation der wirtschaftlichen Kräfte herbei. Nein, der Sozialismus lebt und wird in der Zukunft stärker und machtvoller leben als je zuvor. Nur darf jenes Träger und Befehlern nicht der Blick für die geschickliche Notwendigkeit verloren gehen.

Was heute trennend zwischen uns steht, wird vielleicht schon eine nahe Zukunft verwehen. Was uns heute das Widerstreitende dünt, kann bald auf dem Schuttberge der Weltgeschichte liegen. Aber was dauernd keinen Wert behält wird, heute und morgen und für alle Zeit, das ist die Einheit der für Recht und Brot kämpfenden Arbeiterklasse.

Kein guter Sozialdemokrat darf zu ihrer Bekämpfung die Hand hieben!

## Von den Kriegsschauplätzen.

Von den Kämpfen um Verdun liegen heute keine Meldungen vor; es dürfte die Ruhe vor dem Sturm sein. Wie ein Baseler Blatt meldet, werden italienische Soldaten nach der französischen Front befördert. Es soll sich um ältere Jahrgänge für den Clappendienst handeln, wodurch französische Soldaten für den Kampfdienst frei werden. Die Möglichkeit einer solchen Verwendung italienischer Truppen wäre schon angängig, wenn es uns auch sehr fraglich erscheint, ob die Italiener noch Mannschaften für die Franzosen übrig haben.

Lord Kitchener hat wieder einmal von sich reden gemacht. Bei seinem Besuch in Frankreich hat Kitchener erklärt, es sei eine Illusion, den Frieden noch in diesem Jahr zu erwarten. Weder militärisch noch wirtschaftlich sei Deutschland so erschöpft, daß es noch Frieden bringen würde, was sich nach seiner Meinung allerdings auch von den Verbündeten sagen lasse. Kitchener glaubt

sicher, daß noch mehr als ein volles Jahr bis zum Friedensschluß vergehen werde. — Das sind ja wieder einmal nette Perspektiven, die sich uns hier eröffnen. Wir hoffen aber, daß die Verbündeten, die ja stärker sind als die Franzosen, dem sichtbaren Morden doch recht bald ein Ende bereiten.

Anlaßlich der Debatte über die Zensur kam es in der russischen Duma neuerdings zu Sturmzügen. Der Block der Progressiven und der ultraradikale Flügel brachten einen Dringlichkeitsantrag über die Zensur ein. Für diesen Antrag stimmten selbst zahlreiche Reaktionäre. Die Sozialdemokraten beantragten die Verleugnung einer Anzahl der schwersten Fälle von Misshandlungen der Zensur und der Handhabung des offiziellen Nachrichtendienstes. Der Dumatpräsident gestattete jedoch nicht die Verleugnung dieser Anklagesätze, da sie mit lebensbedrohlichen Anklagen gegen die Regierung verbunden waren. Die missfürderliche Handhabung der Zensur







## Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Kultusrat im preußischen Abgeordnetenhaus.

Die Haushaltskommission des Abgeordnetenhauses setzte die Beratung des Kultusrats fort und beschloß sich zunächst mit Elementarschulen, wobei lebhaft über den bestehenden Lehrermangel gestagt wurde. Ein konservativer Abgeordneter empfahl, beim Enttreffen von Siegesnachrichten, die Schuljugend singend durch die Straßen ziehen zu lassen. — Abg. Adolf Hoffmann bekämpft diesen Vorschlag. — Ein Antrag des Zentrums, der auf Papierersparnis hinzielte, wurde angenommen. — Die Fortschrittsler hatten einen Antrag, der das Bestätigungsrecht für Schularzte befestigen wollte, vor der Abstimmung zurückgezogen. — Aus dem Dispositivfonds für das Elementar-Unterstützungswesen sollen nach einem einstimmig gefassten Beschuß 50 000 Mk. zur Unterstützung der Horte verwendet werden. — Eine lebhafte Debatte entpann sich über die Frage der Jugendpolizei, nachdem der Referent berichtet hatte, daß eine Jugendabteilung einen Anslug an die russische Grenze gemacht und dort militärische Übungen vorgenommen hätte. — Ein freikonservativer Redner warnt davon, die militärische Jugendausbildung reichsgesetzlich zu regeln; das müsse den Bundesstaaten überlassen bleiben. — Ein nationalliberaler Redner tritt für den gesetzlichen Zwang der militärischen Jugenderziehung ein. — Der Minister erklärt, daß Verhandlungen, mit dem Ziel einer gesetzlichen Regelung der Jugendausbildung, schwelen. — Abg. Adolf Hoffmann nimmt Prof. Goerster-Münch in Schutz, der von konservativer Seite schärfe angegriffen worden war. Die Wehrhaftigkeit wäre auf ganz anderen Grundsätzen aufzubauen. Unsere Erziehung vom Kinderhort bis zur Ausbildung für die Wehrhaftigkeit müsse auch die Ernährungsfrage in sich fassen. Wehrhaftigkeit und Militarismus seien zwei ganz verschiedene Dinge. Der nationalliberale Redner hätte ganz recht, wenn er das Turnen empfiehlt, aber Turnen gelte ja unter gewissen Umständen bis in die neuzeitliche Zeit hinein für staatsgefährlich. Er wolle nur an die sinnlose Verfolgung der Arbeiter-Turnvereine erinnern. Turnen wäre mehr wert als aller Sport, zu dem der militärische als der gefährlichste gehört. Mit dem Zwang würde man der Jugend die ganze Sache vereinfeln. — Ein Antrag, den Leitern der Jugendbewegung freie Fahrt zu Konferenzen, die im militärischen Interesse abgehalten werden, zu gewähren, fand Annahme. Damit war die Beratung des Kultusrats in der Kommission erledigt.

## Protest gegen die Tabaksteuer.

Nach der Begründung, die dem Entwurf der neuen Tabaksteuer beigegeben ist, hätte man annehmen können, daß weitere Kreise der Interessenten sich mit der höheren Belastung des Tabaks einverstanden erklären hätten. Das wäre an sich schon sonderbar gewesen, es trifft aber auch gar nicht zu. Die „Arbeitsvereinigung“ — eine Organisation, die Unternehmer- und Händler-Verbände umfaßt — hat nämlich folgende Erklärung beschlossen:

1. Die Händler erklären sich gegen jede steuerliche Mehrbelastung des Tabakgewerbes in seiner Gesamtheit oder einer seiner Zweige während des Krieges. 2. Die Zigarettenfabrikanten erklären ihrerseits eine neue steuerliche Belastung der Zigarette für die Dauer des Krieges für gänzlich unannehmbar und widersprechen der in der Begründung der neuen Steuervorlage vorgebrachten Auffassung, als ob sie derselben, wie sie vorliegt, zugesimmt hätten.

Außerdem wurde erklärt:

Händler und Fabrikanten sind sich über folgende Geschäftspunkte einig: Es liegt sowohl seitens des Handels als auch seitens der Zigarettenindustrie die ausgesprochene Bereitschaft vor, bei Einfuhr normaler Verhältnisse, d. h. nach Friedensschluß, bei der Aufbringung der Goldförderernte für das Reich durch eine endgültige Besteuerung erhebliche Opfer zu bringen. Handel und Industrie bieten für diese Zeit ausdrücklich ihre Mitterkeit an in der Erwartung, daß dann auf Grund reiflicher Überlegung und jüngstiger Vorarbeit eine endgültige Form gefunden wird, die Handel und Industrie anneh-

men kann und die alle Gefahren sowohl für diese als auch für die Arbeiterschaft vermeidet.“

Die Interessenten, die dem Staatssekretär zugestanden haben, daß die Tabakindustrie höhere Kosten tragen können, sind offenbar einige Großindustrielle, denen die neue Steuer eine Teil der Konkurrenz vom Halse schafft. Diese Kreise rechnen außerdem mit einem baldigen Tabakmonopol, bei dessen Einführung ihnen die Betriebe teuer abgekauft werden müssen.

## Preiserhöhungen für Margarine und Speisefette.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung über die Errichtung eines Schiedsgerichts zur Entscheidung über insländische Butter mit dem Sitz in Berlin sowie eine Bekanntmachung, nach der ab 15. März die Großhandelspreise für Margarine auf 1,83 Mk. für Speisefette aller Art mit 100 Prozent Fettgehalt auf 2,15 Mk. die Kleinhandelspreise für den unmittelbaren Bezug der Verbraucher bei Margarine auf 2 Mk. bei Speisefetten aller Art mit 100 Prozent Fettgehalt auf 2,32 Mk. sämtlich für das Pfund erhöht werden. Wo soll das schließlich noch hinaus?

## Der kriegerische Bassermann.

Der Landwehrmajor und Reichstagsabgeordnete Bassermann schlägt unentwegt Schlachten mit der Feder. In der nationalliberalen Wochenzeitung „Deutsche Stimmen“ schreibt er unter dem Titel „Vertrauen und Zuversicht im Kommen der Reichstage“:

„Papieren Garantien sind uns nichts nütz. Die ehrliche Notwendigkeit der Geschichte, die Pflicht im Kampfe ums Dasein schreitet über den feinen Papier hinweg, wie dies zu Beginn des Krieges von leitender Stelle ausgesprochen ist. Geschichte dies bei uns nur da, wo es um die Wurzeln unseres staatlichen Daseins geht, so gilt für unseren Todfeind England der reine Nüchternheitsstandpunkt. . . . Es ist unverkennbar, wie in allen unseren Volkschichten die Überzeugung zum Durchbruch gekommen ist, daß wir in England den unerbittlichen, unverhönlischen Feind seien müssen, den es gilt, auf die Knie zu zwingen. Der reine Instinkt unseres Volkes hat dies klar erkannt und in elementarem Ausdruck alsbald bei Beginn des Krieges zum Ausdruck gebracht. Und heute geht ein heiteres Sehnen durch unser Volk: rückichtloser Krieg gegen England, entschlossenes Abwaffen unberechtigter amerikanischer Einmischung in unsere Kriegsführung, kein zögern des Erwähnens, ob eine resolute Kriegsführung zur See verstimmt auf den oder jenen neutralen Staat wüßt.“

Der Ausschß wendet sich weiter gegen die Sentimentalität und Vertrauensseligkeit unserer auswärtigen Politik vor dem Kriege und betont als wesentliches Moment unserer Kriegsführung das Vertrauen der Armee und des Volkes in die Führung.

## Die „Stange Gold“.

Der „Raijessen-Bote“, ländwirtschaftliche Zeitschrift des Verbandes ländlicher Genossenschaften Raiffeisenischer Organisation für Rheinpfalz, Baden und Hessen, bringt in seiner Nummer vom 22. Februar 1916 eine landwirtschaftliche Marktuntersuchung, in welcher der Beweis geliefert wird, daß die Landwirtschaft in der Zeit der Kriegsnot Deutschlands „eine Stange Gold“ verdient. Lassen wir den Artikel selbst sprechen:

„Auf dem Schlachtmiehmarkt erleben wir eine recht erhebliche Steigerung der Preise für das Kindvieh. Wir erwarten für die nächsten Märkte eine, wenn auch geringere, Steigerung. Die Preise für Magervieh sind weiter gestiegen. Für gute Milchfühe werden bis zu 1200 Mark gefordert und auch bezahlt.“ Jugendlich verdient der Viehzüchter beim Verkauf seiner Tiere eine Stange Gold.“

Die Viehzüchter erhalten den Rat, ihr Vieh zurückzuhalten. Es heißt in dem Artikel wörtlich:

„Bei den zeitigen hohen Viehprielen handelt derjenige richtig, welcher sich im Kauf von Vieh Zurückhaltung auferlegt. Wer mit Beginn der Weidezeit seine Ställungen noch voll hat, wird ein besseres Geschäft machen, als derjenige, der jetzt abholt.“

Das landwirtschaftliche Blatt prophezeit, daß die zeitigen Schlachtmiehprielen für Kindvieh sich in den nächsten zwölf Monaten nicht wesentlich ändern werden.

## Das bayrische Zentrum gegen direkte Reichsteuer.

Der Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer hat mit großer Mehrheit am Sonnabend den Antrag des Zentrums angenommen: Die Staatsregierung ist zu ersuchen, mit allem Nachdruck im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Eröffnungssitzung der Einnahmequellen im Reich jeder weitere Eingriff der Reichsregierung gebunden auf dem Gebiete der direkten Besteuerung von Vermögen oder Einkommen verhindert wird, und daß den Bundesstaaten die Möglichkeit, auch in Zukunft ihren wichtigen kulturellen Aufgaben gerecht zu werden, ungehemmt erhalten bleibt.

## Amerika.

Der amerikanisch-mexikanische Konflikt. Aus New York wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Die amerikanische Regierung hat angelebt des Zauderns von Carranza seine Zustimmung zu der Strafexpedition gegen Villa zu geben. Carranza benachrichtigt, daß die Expedition unter allen Umständen unternommen werde, und zwar mit einer erheblichen Anzahl Truppen, die an verschiedenen Stellen in Mexiko einmarschieren sollen. Es handelt sich um etwa 10 000 Mann.

Nach einer Neuyorfer Meldung gestand Carranza den Truppen der Vereinigten Staaten das Recht zu, in Mexiko einzumarschieren, doch unter der Bedingung, daß auch mexikanische Truppen das Gebiet der Union betreten dürften, um amerikanischen Pöbel zu verfolgen, falls er sich auf mexikanisches Gebiet begebe.

## Versammlung der Lübeder Bürgerstadt.

b. Lübeck, 18. März.  
Die Sitzung wird um 6 Uhr 25 Min. vom 1. Vorsitzenden Befreiungsverteiler Schäff eröffnet. Er widmet den verstorbenen Bürgermeistermitgliedern Dr. Weiske und Konrad Berling ehrende Nachricht. Die Zahl der Bürgermeistermitglieder beträgt jetzt 115.

Debatte los angenommen werden folgende Senatsanträge:

1. Weitergewährung der Beihilfe an die Witwe des Gerichtsvollziehers Schwoborn.
2. Gewährung einer Altersunterstützung an den Büroungeschäftigen Gustav Meindl.
3. Änderung des § 19 des Lübedischen Ausführungsgeges zum Bürgerlichen Gesetzbuche, zum Handelsgesetzbuche und zur Wechselordnung vom 30. Oktober 1899.
4. Verstärkung des Abschnittes XIX der Ausgabenseite des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1915.

Es folgt der

5. Antrag: Instandsetzung und Ausbau der Stadthalle.

v. Schäff macht einige erläuternde Ausführungen zu dem Kommissionsbericht. Nicht nur die baulichen, sondern auch die Vermietungsverhältnisse seien geprüft worden. Man sei erfreut gewesen über die große Vermählung der Stadthalle, in der seit Jahr und Tag keine Reparaturen vorgenommen worden seien.

Der Staat müsse reich erhebliche Mittel aufwenden, wenn etwas Dordentliches geschaffen werden sollte. Nach den Ausstellungen des Baudirektors seien rund 80 000 Mk. zur Instandsetzung notwendig.

Allerdings seien vorerst 11 000 Mk. davon gefrischen, aber auch sie und weitere Summen würden später notwendig sein. Die Vorlage abzulehnen habe jetzt keinen Zweck mehr, seitdem die Stadthalle Staatsgebäude geworden sei. Zu bedauern sei, daß die Finanzbehörde nicht den Mut gehabt habe, die 100 000 Mk. mit der Stadthalle fahren zu lassen. Es sei doch absolut nicht nötig, daß die Stadt Besitzerin solcher Gebäude sein müsse. Gern wird man zwar das Grundstück, aber ob es sich jemals verzinst, steht dahin. Nur das Vordergebäude verzinst sich halbjährlich, doch entspräche die Summe nicht dem, was ein Privatmann herauswirtschaften würde. Die Stadthalle koste uns 720 000 Mk. und möglicherweise 45 000 Min. Zinsen abwerben. Dieses Geld werde aber niemals herauszuholen sein. Bestimmte Zahlen könne man heute gar nicht nennen. Der Garten werde um 40 Meter verlängert, eine Beeinträchtigung des Walles geschehe deswegen nicht. Keiner tritt für Bewilligung der Summe ein, da ein anderer Weg nicht übrig bleibt. Die Kommission behalte sich vor, die Frage

zu erneutern.

„Das ist der böse Feind,“ murmelten sie und wenn sie sich vorher um ihn drängten, so ward jetzt der Raum zwischen ihnen allmählich lüstiger. Hale, der es merkte, sagte: „Ah, unter so heiligen Männern wird er doch nicht! — Zwar ich kann niemand verdenken. Neulich will ich einem Pfarrer nach Haus führen, mir waren zu Kindheit hergewesen, es war nachtschläfrige Zeit, und ich weiß noch nicht wie's kam, bis zur Pfarrer waren nur laufend Schritte, und hatte den Weg tausendmal gemacht, aber mit einem Male staken wir im Sumpf bis an den Bauch. Da keiner hörte uns. Da sprach der Pfarrer: Ihr seid dünn, ich bin dick. Ihr kommt durch, versucht's und holt mir Hilfe. Da er mich so sehr bat, mußte ich wohl, ich kam auch durch und sah Vater und mit Leibern und Stricken sieben wir zurück, aber mögt ihr's glauben, der Hahn krachte zum drittenmal, ehe ich den Pfarrer gefunden, und er hatte sich doch den Hals ausgeschrieen, und ich war nicht zwanzig Schritt von ihm wie toll bin und ha gelauten. Wir zogen ihn raus, aber da war auch keine Spur von Wein an ihm. — Ah und so ihr wüsstet, was ich vor den Wölfen Angst ausgeschlichen habe: wo ich gehe und reite, höre ich sie hinter mir, als wären sie mein Schatten. Darum mag ich immer allein aussteigen, daß ich meine Freunde nicht in Ungemach und Schreck bringe.“

„Das sind die sogenannten Kurien des Gewissens, lieber Ritter, wie die Alten sagen,“ sprach der Abt. „Diese lassen Euch keine Ruh. Wenn Ihr an heiliger Stätte seid, die Ihr Euch anreicht, so ist Ihr sonst, heimzusuchen, werdet Ihr vor diesen Wölfen sicher sein.“

Der Stulpner schüttelte den Kopf: „Ah, Herr Prior, vor gestern im Kloster, da war's doch, als die Mönche im Chor sangen, als hörte ich lauter Esel schreien.“

Da waren alle der Meinung, daß der Ritter etwas Ernstliches tun müsse.

„Meint ihr, daß ich's für Kinderspiel hielt, daß ich nicht schon Ergründiges getan hab? Ließ mich hinschauen von Pontius zu Pilatus: zum Wunderblut von Wilsnack, zur Madonna in Görzig zur heiligen Anna in Grüßow, zum heiligen Blut in Beeskow, nach Bismarck in der Uckermark zum Kreuz, das vom Himmel gefallen, zum gebrochenen Wunderblut der Mutter Gottes in Neukirch in der Neumark, ab zu allen, in Tangermünde, in Biebrich, in Denzen und Angermünde. Die Partikel vom Altar der heiligen Barbara in Wilsnack habe ich mir an alle Teile des Leibes gehalten, und gepflückt habe ich, aber auch nicht mal die Mutter Gottes von Pompei, die mit dem Kopf genagt, hat's doch so manchem Kunden getan, und ich ließ einen Goldgulden springen. Höls der Geier, wann hat man denn heilige!“

Die Fürstlichkeiten unter den Mönchen schüttelten den Kopf und meinten, die halbe Welt sei nicht auf einer Gilde beschränkt.

„Kein, die Herren,“ sprach der Stulpner entzückt, das zu-

(Fortsetzung folgt)

zu prüfen, ob die Finanzbehörde überhaupt berechtigt war, den Kauf der Stadthalle vorzunehmen.

Senator Dr. Echling stimmt dem zuletzt Umgangsrichten zu. Eine solche Prüfung sei nicht nur rechtlich zulässig, sondern durchaus berechtigt. Die Finanzbehörde hätte mit dem Ankauf richtig gehandelt.

Senator Raabe findet den Zustand des Gebäudes denn doch nicht so schlecht, wie Herr v. Schack angeführt hat. Es sei nur etwas vernachlässigt gebaut sei es gut. Bei völliger Instandsetzung werde auch die Ausnutzung erheblicher sein.

Uhlerts hätte sich ein anderes Ergebnis gedacht. Wenn die Stadthalle keine Verwendung zu städtischen Zwecken finden könnte, wäre es am besten gewesen, sie in der Versteilung verwenden zu lassen. Da geht nichts mehr an der Sache zu ändern, müsse man eben in den Bartel greifen. Man rechnet jetzt auf bessere Einnahmen im Sommertheater. Werther brachten diese Theatervorstellungen 125-130 Mark ein, nur Zugstöße erzielten bis zu 75 Mark. Auf große Einnahmen könne man auch hier vorerst nicht rechnen. Redner glaubt, die Einnahmen der Stadthalle seien viel zu optimistisch berechnet. Vielleicht gelinge es Herrn Direktor Uuchs, das Sommertheater ergebnisreicher zu machen.

Glaau erinnert daran, daß die Stadthalle fast ein Jahr lang leer stand und deshalb schwer gelitten habe. Dem Wirt, der eingesetzt werde, müsse mehr Freiheit gelassen werden, vielleicht auch wöchentliche Freigabe zur Tanzmaut. Wenn den Bürgern der Kommission entzogen werde, gefährte sich die Rentabilität sicher besser.

Dr. Langenheim bedauert, daß die Stadt mit einem soligen Objekt belastet ist. Sie sollte den bürgerlichen Unternehmungen keine Konkurrenz machen. Aus dem Senatsdefekt gebe eine Erweiterung des Gartens auf Kosten des Welles nicht her, wie befürchtet werde. In sich könne man gegen eine Vergrößerung des Gartens zu besseren Auskunftsstellen nichts haben, aber später könnten ja bei einem eventuellen Verkauf der Stadthalle doch Schwierigkeiten ergeben.

Senator Raabe zerstreut diese Bedenken.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Ohne Debatte genehmigt werden weiter folgende Anträge:

6. Vorausflug der Vermaltungskosten des Hauptbahnhofs für das Rechnungsjahr 1916.

7. Nachbewilligung auf budgetmäßige Ausgaben der Betriebsbehörde im Rechnungsjahr 1914.

8. Nachbewilligung auf budgetmäßige Ausgaben der Betriebsanstalten im Rechnungsjahr 1914.

9. Bewilligung weiterer Mittel für die Ausgaben des Allgemeinen Kreishaus im Rechnungsjahr 1916.

Der 10. Antrag betrifft: Revision des Gewerbevergesses.

Henz erläutert seine Faktion jimmia der Vorlage zu, trotzdem sie grundsätzlich Gegner einer Gewerbepeste sei, weil dadurch eine bessere Rechtslage geschaffen werde. Es sei selbstverständlich, daß eine gemeinnützige Institution, wie die Handelskasse, die keinen Gewinn erzielen wolle, auch nicht zur Steuer herangezogen werden dürfe. Man müsse aber eine gleichmäßige Behandlung vom Gesetz erwarten und dazu bedürfe es der Änderung des § 1, der auch die Konkurrenzunternehmen berücksichtigt. Das Wesen der Konkurrenz unterliegt dem Prinzip der Konkurrenz, das heißt, die Mitglieder in völlig wie möglich einzufügen und ihnen wieder völlig zuzuführen. Ein Gewinn sei keine Kette, die Konkurrenz ist das, was vorhanden ist, den Gewinn einzufügen könnte. Deshalb ist es ungerecht, wenn gerade für Gewinne werden sollen. Der Augen der Konkurrenz wurde in der gegenwärtigen Kriegszeit zielgerichtet erledigt. Ein manchen Behörden wurden die Konkurrenzunternehmen zur Warenauslieferung herangezogen, weil sie mit Faktur ermahnen, daß ihre Waren nicht zur Herstellung des Fabrikats abgeführt. In fiktiv und Schrift bei der Konkurrenz unterliegt der Konsumenten die Gewinnverteilung in Form der Preisbildung des Konsumenten, der Konsumenten verhindern kann, daß die gewöhnliche Miete nur dem Konsumenten zugute kommt, die ausprägen, daß die Konkurrenzunternehmen nicht als Gewinnbetrieb erachteten werden. Ein Preisgerichtsurteil ist ebenfalls Konkurrenzunternehmen, die für den Bevölkerung unter Mitgliedern befinden, leiten keine Gewinnabrechnung. Das Oberlandesgericht Hamm, erklärte, der Konsumenten unterliegt nicht dem Wettbewerbsrecht, sondern das Oberlandesgericht von Düsseldorf entschied, daß zwei Vermietungsarten wegen eingeschränkter Wettbewerb gegen die Gewinnabrechnung, daß der Konsumenten kein Gewinnbetrieb sei. Es ist also ratsam wie möglich unterscheiden zu lassen, daß die Konkurrenz unterliegt und die Gewinnabrechnung und die Konkurrenz unterliegt ausgenommen. So ist es nicht ratsam, wenn die betreffende Behandlung bei dieser Spezies nicht als Gesetz gesehen wird. Das Konsumenten ist nicht bestimmt, daß es nicht ratsam ist, wenn dieser Antrag. Weiter erläutert das Gesetz einen Fokus, der noch andere Weise heraus will. Es besteht die Art der Gewinnabrechnung. Daraus resultiert Konkurrenz, Konkurrenz, Gewinn- und Wettbewerbsabrechnung, zwei Landeskonsultationen. Sie andere Seite werden nach ihrer Erklärung herausgegeben. Wie hierzu die Belastung entsteht, kann ich gerade jetzt die Konsumenten. Die Konsumenten sind Gewinnabrechnung der Konkurrenz und die Gewinnabrechnung, welche im letzten Jahr ihren Ursprung hatte. Die Gewinnabrechnung ergibt sich aus 924 M. nicht kann sie nicht als erhöhte Gewinnabrechnung, sondern der Ertrag von ca. 300 Mark pro Tag ist der Konsumenten hatte etwa 7000 M. Wettbewerb, und noch ging die Erstellung nicht nur reichen, sondern auch kostspielig. Erst dann ist der Konsumenten nicht mehr zu tun, um die Kosten zu senken, die Gewinnabrechnung nach dem Konsumenten zu kreieren. Dies ist nicht das gleiche Ratz geben, wie um alle anderen Dinge, das sie besonders nach dem Konsumenten nicht mehr zu tun, um die Kosten zu senken. Dies ist ein Teil der Gewinnabrechnung, das ist sonst, daß die Kosten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken.

Senator Dr. Bernhard erläutert die Belastung des Gesetzes und weiteren Jahren, das nicht Angenommen werden kann, weil es nicht den Konsumenten und die Gewinnabrechnung, sondern einen größeren Gewinn zu erzielen, indem diese Gewinnabrechnung der Konkurrenzunternehmen zu erzielen, so dass die Mitglieder dort in ganz den Kosten ein geringer Gewinn erzielen. Gänzliche Steuerabzugsmöglichkeiten der Mitglieder bei das Ziel jedes Konsumenten.

Die Konsumenten kann das Konsumenten nicht ausgenommen, weil es die Konsumenten unter den Konsumenten, die der Konsumenten nicht zu tun, um die Kosten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken. Der Konsumenten kann nicht gewinnen, der Konsumenten kann es der Konsumenten nicht gewinnen. Die Konsumenten kann nicht dem Ertrag einer Wettbewerb haben. Nach dem Konsumenten kann sie nicht bei der Gewinnabrechnung der Konsumenten keinen Gewinn finden als Beiträgen zum Konsumenten.

Henz erläutert den Konsumenten, die Konsumenten unter den Konsumenten und Gewinn in Form der Kosten, die der Konsumenten, die der Konsumenten nicht zu tun, um die Kosten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken. Der Konsumenten kann nicht gewinnen, der Konsumenten kann es der Konsumenten nicht gewinnen. Die Konsumenten kann nicht dem Ertrag einer Wettbewerb haben. Nach dem Konsumenten kann sie nicht bei der Gewinnabrechnung der Konsumenten keinen Gewinn finden als Beiträgen zum Konsumenten.

Der Konsumenten kann nicht gewinnen, die Konsumenten unter den Konsumenten und Gewinn in Form der Kosten, die der Konsumenten, die der Konsumenten nicht zu tun, um die Kosten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken. Es ist ja zu tun, dass es nicht möglich ist, die Konsumenten unter den Konsumenten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken. Es ist ja zu tun, dass es nicht möglich ist, die Konsumenten unter den Konsumenten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken.

Der Konsumenten kann nicht gewinnen, die Konsumenten unter den Konsumenten und Gewinn in Form der Kosten, die der Konsumenten, die der Konsumenten nicht zu tun, um die Kosten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken. Es ist ja zu tun, dass es nicht möglich ist, die Konsumenten unter den Konsumenten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken.

Der Konsumenten kann nicht gewinnen, die Konsumenten unter den Konsumenten und Gewinn in Form der Kosten, die der Konsumenten, die der Konsumenten nicht zu tun, um die Kosten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken. Es ist ja zu tun, dass es nicht möglich ist, die Konsumenten unter den Konsumenten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken.

Der Konsumenten kann nicht gewinnen, die Konsumenten unter den Konsumenten und Gewinn in Form der Kosten, die der Konsumenten, die der Konsumenten nicht zu tun, um die Kosten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken. Es ist ja zu tun, dass es nicht möglich ist, die Konsumenten unter den Konsumenten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken.

Der Konsumenten kann nicht gewinnen, die Konsumenten unter den Konsumenten und Gewinn in Form der Kosten, die der Konsumenten, die der Konsumenten nicht zu tun, um die Kosten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken. Es ist ja zu tun, dass es nicht möglich ist, die Konsumenten unter den Konsumenten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken.

Der Konsumenten kann nicht gewinnen, die Konsumenten unter den Konsumenten und Gewinn in Form der Kosten, die der Konsumenten, die der Konsumenten nicht zu tun, um die Kosten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken. Es ist ja zu tun, dass es nicht möglich ist, die Konsumenten unter den Konsumenten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken.

Der Konsumenten kann nicht gewinnen, die Konsumenten unter den Konsumenten und Gewinn in Form der Kosten, die der Konsumenten, die der Konsumenten nicht zu tun, um die Kosten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken. Es ist ja zu tun, dass es nicht möglich ist, die Konsumenten unter den Konsumenten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken.

Der Konsumenten kann nicht gewinnen, die Konsumenten unter den Konsumenten und Gewinn in Form der Kosten, die der Konsumenten, die der Konsumenten nicht zu tun, um die Kosten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken. Es ist ja zu tun, dass es nicht möglich ist, die Konsumenten unter den Konsumenten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken.

Der Konsumenten kann nicht gewinnen, die Konsumenten unter den Konsumenten und Gewinn in Form der Kosten, die der Konsumenten, die der Konsumenten nicht zu tun, um die Kosten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken. Es ist ja zu tun, dass es nicht möglich ist, die Konsumenten unter den Konsumenten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken.

Der Konsumenten kann nicht gewinnen, die Konsumenten unter den Konsumenten und Gewinn in Form der Kosten, die der Konsumenten, die der Konsumenten nicht zu tun, um die Kosten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken. Es ist ja zu tun, dass es nicht möglich ist, die Konsumenten unter den Konsumenten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken.

Der Konsumenten kann nicht gewinnen, die Konsumenten unter den Konsumenten und Gewinn in Form der Kosten, die der Konsumenten, die der Konsumenten nicht zu tun, um die Kosten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken. Es ist ja zu tun, dass es nicht möglich ist, die Konsumenten unter den Konsumenten zu senken, die Gewinnabrechnung zu senken.

den Weg gelegt wird. Daß die Besteuerung im Gesetz richtig sein sollte, kann ich nicht einsehen. Es kommen doch Zeiten, wo nichts übrig bleibt, und wo zu den Referaten begriffen und vielleicht gar die Haftpflicht der Mitglieder herangezogen werden muß. Da ist es doch ein Widerstreit, sie obendrein zur Steuer heranzuziehen, die im Sinne der Bestimmung verlangt werden kann. Diese Art der Besteuerung ist ganz entschieden zu verurteilen. Nehmen Sie meine Anträge an.

Die Senatsvorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen, die Anträge Henze abgelehnt.

11. Antrag: Belebung von elektrischen Kränen für die Erzförderung in Schleupen.

Wird nach unwesentlicher Debatte angenommen.

12. und 13. Antrag: Erlaubnis eines Gesetzes, betreffend die Müllabfuhr in dem Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde; Nachtrag zu dem Antrag auf Erlaubnis eines Gesetzes, betreffend Müllabfuhr in dem Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde.

Böhs wünscht an der Sieghenbucht bei der Lübeck Chaussee Baupläne für Arbeiter und Handwerker angelegt, um Arbeitskräfte an Travemünde zu lassen. Die vorgelegte Karte weist Mängel auf.

Senator Dr. Stooss erinnert daran, daß die Straßenbahn dort vorbereitet werden soll.

Böhs sieht darin kein Hindernis für seine Wünsche. Redner stellt einen Antrag, der verhindern soll, daß gleich wieder Nachträge im Gesetz angeordnet werden müssten.

v. Schack nimmt die Hausbesitzer in Schutz, denen man nicht mehr Lasten aufzubürden solle, die sie nur schwer einbringen können. So sei es beim Mieter gewesen, das der Hauswirt vom Mieter nicht voll erfüllt bekomme. Man müsse auch berücksichtigen, daß ein ähnliches Gesetz in einigen Jahren in Lübeck beschlossen werden könnte. Dem Hauswirt gehe der Unrat des Mieters nichts an.

Günzau betont, daß er der letzte sei, der für eine Belastung des Grundbesitzes eintritt. In Travemünde hätten die Unternehmen einfach die Abfuhr verweigert und eine feste Summe gefordert. Bei dem großen Wertel der Mieter hätte der Hauswirt aus demselben Grund nicht die Abgabe erlassen lassen können. Man sollte es bei dem Vorgeschlagenen belassen, da beim Einziehen vom einzelnen Mieter große Schwierigkeiten entstünden.

Ein Antrag v. Schack, wonach der Mieter verpflichtet wird, die Abgabe dem Hauswirt zu erlösen, wird angenommen. Auch ein ergänzender Antrag von Böhs, der den Landfest gemacht hat, der Sieghenbucht in das Kartenbild eingezogen wissen will, wird angenommen.

Mit diesen Änderungen wird die Senatsvorlage endgültig angenommen.

14. Antrag: Nachbewilligung auf die Kosten für den Ausbau des ehemaligen St. Annenfusters für Museumszwecke.

15. Antrag: Ausgleichung der Sonderabrechnung für das Rechnungsjahr 1914.

16. Antrag: Verstärkung der der Baubehörde für das Rechnungsjahr 1915, budgetmäßig zur Verfügung stehenden Mittel.

Diese Anfrage werden abgelehnt.

Beim 17. Antrag: Renovierung eines Postgebäudes und einer Schuhmannswohnung in Rüsse, befürwortet.

Henz (Bürokrat) den Bau einer Dienstwohnung des Schuhmanns in Stiens-Darsßburg. Der Grund und Boden sei da, man solle bei der gegenüberliegenden Zeit mit dessen errichten.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen.

18. Antrag: Herstellung einer eisernen Fußgängerbrücke über den Kanalhafen im Zuge des ehemaligen Eisenbahndamms.

Henz legt eine Eingabe des St. Jürgen-Vereins und des St. Lorenz-Vereins vor.

Klein erwidert den Bau einer Straßenbrücke. Zwar würden die hohen Kosten in jeglicher Zeit als Hindernis ergründet, aber wenn man zu mache, kann ohne aus finanziellen Gründen jede Senatsvorlage abgelehnt werden. Für die Entwicklung der Hafenterminal und des Hafmarktes sei eine Straßenbrücke notwendig. Nach dem Kriege würden die Schwierigkeiten wieder sehr groß werden. Durch eine breite Brücke würde der Wagenverkehr mit den Vorhöfen St. Lorenz, St. Jürgen und der Stadt bedeutend erleichtert, das Regel bis zu 1000 Meter abgeführt. Redner stellt den Antrag, der eine Erweiterung für den Bau der Straßenbrücke fordert.

Glaau: Die Kommunikate sieht den Projekt sehr wohlwollend gegenüber, bei der jeglichen Ausführung des Projekts sind sie über nicht den Wert, jetzt die Ausführung zu empfehlen.

Es wird weiß, daß die fortwährende erneute Belastung hin, die das Reich dem Staat entziehe und die es nicht ratsam erscheine, jetzt 170.000 Mark für den Brückbau auszuweisen. Klein ist bei der Notwendigkeit einer Verkehrsverbesserung, die der Hafenterminal und Gewerbe liege. Die Kommunikate fordert jedoch eine Erweiterung der Straße der Konsumenten und Gewerbe liege.

Senatur Dr. Stooss wendet sich gegen die Zustellung, aus der noch eine Unterbindung einer Verkehrsverbesserung herauskommt.

Stellung: Jeder vor uns tritt für Verkehrsverbesserungen ein, wenn sie vorgenommen werden müssen. Es wurde aber mit Recht darauf hingewiesen, daß wir in gegenwärtiger Zeit besondere Notwendigkeit hier nicht erzielen, was dringend notwendig und was unnotwendig ist. Dafür binne ich mit Herrn Klein überein, den eingehend geprüft wird. Eine große Brücke ist sehr teuer, aber nach Lage der Sache nicht dringend notwendig. Wenn wir Kunden kaufen wollen, liegen andere Brücken weiter, als diese Brücke. Als die Kommunikate ihre Brücken eröffneten, kam die Eingabe der Vereine. Da kann ich die Kommunikate, wir halten jetzt die Brücke nicht für dringend notwendig und können deshalb die Eingabe mit kurzen Worten ablehnen. Mit der Straßenbrücke helfen wir uns recht ungern beschäftigt, auch in Ort und Stelle. Der Antrag des Brückbaus kann Klein nicht im Wege, der Senat wird keinen, wie er führt zu stellen hat.

Dr. Stooss: Düncker und Böhs werben ja gegen Kleins Verkehrsbrücke. Ich erkläre Ihnen, der Brücke nicht möchten, der Brücke nicht mögen, die Konsumenten und Gewerbe liegen.

Wieder ein Auswirkungslück. Der Berliner Morgenpost zufolge, waren 35 Menschen die Brücke überquerten, die in der Provinz gestorben waren. Durch die Elektrizitätszentrale und mehrere Häuser von Lawinen weggerissen, wobei 25 Personen ums Leben kamen.

Gefahrvorhersagung. Anfolge von Lawinen nach Chartres in der letzten Nacht bei La Loupe mit einem Güterzug zusammen. Zwei Wagen sind beschädigt, 7 Personen getötet, gegen 50 verletzt.

Auf der Lokomotive ermordet. In St. Etienne entstand auf einer Lokomotive zwischen dem Führer und dem Heizer ein Brandwechsel. Bloßgrifff ergriff der Heizer namens Dossova einen Hammer und tötete den Lokomotivführer mit einem Schlag.

Eine Versammlungsverbot. Wie die vom Kriegsausschüsse für Konsumenteninteressen herausgegebene "Auskundung der deutschen Verbraucherbewegung" mitteilt, hat der Landrat des Kreises Rellinghausen unter Billigung des Regierungspräsidenten in Blomberg eine Versammlung in Osterfeld verboten, in der ein Ortsansitz für Konsumenteninteressen gegründet werden sollte. Das Verbot wird damit begründet, daß die Beiratung der Verbrecher in den Preisprüfungsstellen genüge!

Landräte gegen "spurwillige" Agrarier. Der Landrat des Kreises Sprockhövel in Schlesien sieht sich genötigt, öffentlich sein Bedauern zu äußern, daß Landwirte im Kreis sich weigern, an kleine Betriebshöfe Spurkostlosse zuzuteilen. Er sagt: "Ein solches Verhalten, das von einer gewissen Herzlichkeit ist, spricht ich sprechen kann, zeigt von wenig Verständnis für die Lage auf dem Kaffmarkt!"

Der Landrat des Kreises Siegen: "Ein solches Verhalten, das von einer gewissen Herzlichkeit ist, spricht ich sprechen kann, zeigt von wenig Verständnis für die Lage auf dem Kaffmarkt!"

Die Eingabe der deutschen Gesellschaft für Männer- und Kinderrettung, S. B. B. bez. Errichtung einer Feuerwehr und einer Feuerwehrschule in der Stadt Siegen wird angenommen.

Die Eingabe der Stadt Siegen zu Herberg weigen angeblicher Tropfpräparate gegen die Finanzbehörde aus dem Jahre 1912 wider einen Widerspruch.

## Aus der Partei.

Für die Einberufung der Internationale. Kürzlich waren die Mitglieder des sozialistischen Verbandes des Rhön-Departments in Lyon versammelt, um den Bericht über den Parteitag gegenzunehmen. Es wurde mit starker Mehrheit folgende Resolution angenommen: "Die Versammlung bedauert, daß die Delegierten ihr Mandat nicht vollständig ausgeübt konnten. Sie spricht den Wunsch aus, daß die Propaganda für die Wiederaufnahme der internationalen sozialistischen Beziehungen tatkräftiger als je geführt wird."